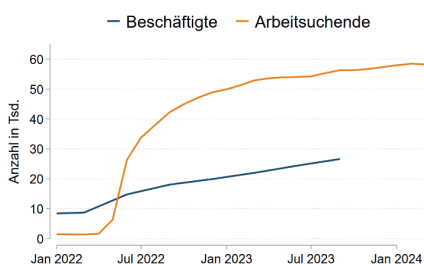


Arbeitskräftemangel erhöht die Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges ist die Zahl der Arbeitssuchenden aus der Ukraine in Baden-Württemberg im Frühjahr 2022 sprunghaft angestiegen. Zu Beginn des Jahres 2024 waren hier knapp 60.000 Ukrainerinnen und Ukrainer arbeitsuchend gemeldet (siehe Abb. 1). Die Zahl der ukrainischen Erwerbstätigen lag im September 2023 bei gut 26.000 Personen (aktuellere Zahlen liegen nicht vor) – also noch immer deutlich unter der Zahl der Arbeitssuchenden. Eine aktuelle Studie des IAW im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit beleuchtet Hindernisse und fördernde Faktoren für die Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter in baden-württembergischen Betrieben. Grundlage sind die Daten des IAB-Betriebspanels Baden-Württemberg.

Anzahl Arbeitssuchende und Beschäftigte aus der Ukraine in Baden-Württemberg



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Darstellung.
Abbildung 2.1 in Wiemann/Walser (2024).

Insgesamt geben im Jahr 2023 etwa 10 Prozent der Betriebe an, dass sie seit Beginn des russischen Angriffskrieges mindestens eine Kontaktanfrage – also eine Bewerbung oder eine Stellenanfrage – von ukrainischen Geflüchteten erhalten haben. Der Anteil aller Betriebe in Baden-Württemberg, die im Sommer 2023 mindestens eine Person aus der Ukraine beschäftigten, liegt bei 4 Prozent und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Unter den größeren Betrieben mit 250 Beschäftigten und mehr liegt dieser Anteil bei rund 23 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnitt (Abb. 2). Etwa 5 Prozent der Betriebe im Dienstleistungsbereich haben mindestens ein Beschäftigungsverhältnis mit einem oder einer ukrainischen Geflüchteten geschlossen. Deutlich seltener beschäftigen Betriebe aus dem Bereich Handel und Reparatur sowie öffentliche Dienststellen ukrainische Geflüchtete.

Ein wichtiger Faktor für die Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter ist der Arbeitskräftemangel in den Betrieben in Baden-Württemberg. Die Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter konzentriert sich vor allem auf Betriebe, die unbesetzte Stellen haben. Rund acht Prozent dieser Betriebe

Fortsetzung Seite 2

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der US-Wahlkampf mündet nun in die heiße Phase. Sollte uns dies interessieren? Unbedingt: Der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl am 5. November wird entscheidend die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und damit auch unserer Volkswirtschaft bestimmen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Vereinigten Staaten das wichtigste Abnehmerland deutscher Waren sind – noch knapp vor der Volksrepublik China. Dies gilt besonders für die exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs.

Gleich zwei Artikel dieser Ausgabe haben engen Bezug zur weiteren Entwicklung nach den US-Wahlen. Mit den großen geoökonomischen Herausforderungen beschäftigte sich die diesjährige Bundesbank-IAW Lecture zum Thema „European Economic Security“. Mit Prof. Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, konnte wieder ein hervorragender Experte für dieses brandaktuelle Thema gewonnen werden. Es wird nicht zuletzt vom Ausgang der US-Wahlen abhängen, wie sich Europa künftig gegenüber sich zunehmend konfrontativ verhaltenden Wirtschaftsblöcken positionieren soll. Auch die Entwicklung auf einem weiteren Schauplatz wird entscheidend vom Ausgang der US-Wahlen abhängen: die Lage in der Ukraine und die Nöte ihrer Bevölkerung. Mit der Integration ukrainischer Geflüchteter in die Wirtschaft Baden-Württembergs befasst sich der Artikel auf dieser Seite.

Eine spannende Lektüre wünscht

Handwritten signature: Urad Biewen

Prof. Dr. Martin Biewen

IAW-NEWS 3/2024

1

Aus dem Inhalt:

Editorial	1
Arbeitskräftemangel erhöht die Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter	1
Konjunkturprognose für Baden-Württemberg für das 3. Quartal 2024	2

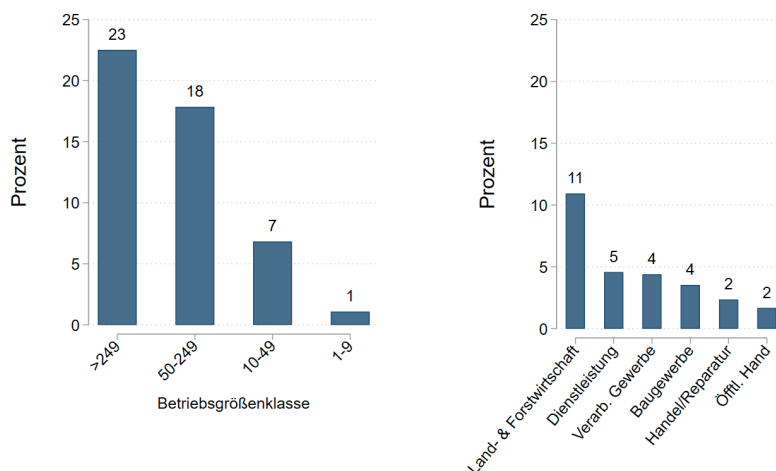
Bundesbank-IAW-Lecture 2024: Geoökonomische Herausforderungen für Europa	3
Veranstaltungsankündigung	4
IAW-Veröffentlichung	4
IAW-Vorträge	4
Personalia	4
Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet auf der IAW-Website unter www.iaw.edu .	

haben im Jahr 2023 Arbeitsverträge mit ukrainischen Geflüchteten abgeschlossen, während nur knapp zwei Prozent der Betriebe ohne offene Stellen ukrainische Geflüchtete beschäftigen. Dies gilt auch, wenn man die Größenklasse der Betriebe berücksichtigt.

Besonders hoch ist die Beschäftigungsaufnahme ukrainischer Geflüchteter in Betrieben, die einfache Tätigkeiten zu besetzen haben. So beschäftigt jeder fünfte Betrieb mit mindestens einer offenen Stelle für eine einfache Tätigkeit eine Person aus der Ukraine. Je höher das Anforderungsniveau der zu besetzenden Stelle ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus der Ukraine im jeweiligen Betrieb beschäftigt ist. Damit deuten die Ergebnisse auch darauf hin, dass trotz des im Vergleich zu anderen Geflüchtetengruppen hohen Bildungsniveaus der ukrainischen Geflüchteten die fehlende Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder Sprachbarrieren bei komplexen Tätigkeiten die Aufnahme einer qualifizierten Beschäftigung erschweren.

Die Auswertungen zeigen darüber hinaus, dass Betriebe, die seit dem Jahr 2015

Abbildung 2: Anteil der Betriebe in Baden-Württemberg mit Beschäftigungsverhältnis einer geflüchteten Person aus der Ukraine



Quelle: IAB-Betriebspanel, eigene Darstellung. Abbildung 3.3 in Wiemann/Walser (2024). Hinweis: Die Aussagekraft der Anteile in den Wirtschaftszweigen ist aufgrund der Fallzahlen eingeschränkt: So berichten im WZ Land- & Forstwirtschaft 4 von 34 befragten Betrieben, im WZ öffentliche Hand 5 von 63 und im Baugewerbe 5 von 72 befragten Betrieben von mind. einer realisierten Beschäftigung.

Kontakt zu Geflüchteten hatten, eine doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, auch von ukrainischen Geflüchteten kontaktiert zu werden. Es zeigen sich jedoch im Anschluss keine Unterschiede in der Beschäftigungswahrscheinlichkeit zwischen Betrieben mit vorherigem Kontakt zu Geflüchteten oder solchen ohne früheren Kontakt.

→ Jan Simon Wiemann, Lena Walser (2024): [Dimensionen der Beschäftigung ukrainischer Geflüchteter in Betrieben in Baden Württemberg, IAW-Kurzbericht 1/2024](#)

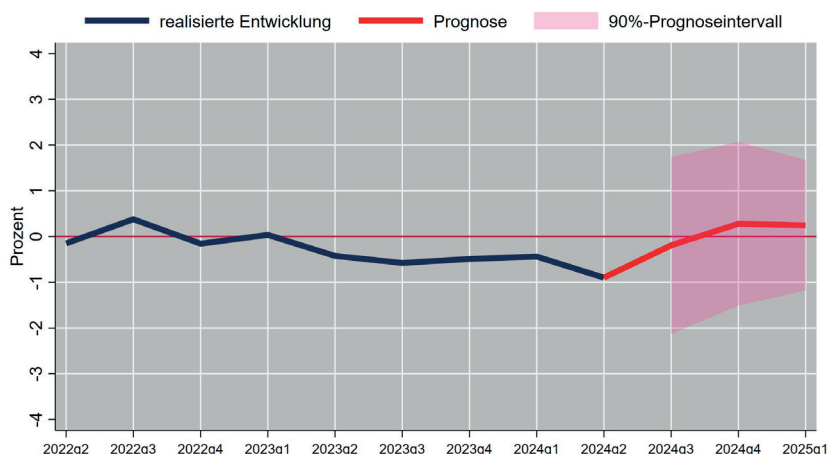
Ansprechperson:
Jan Simon Wiemann
Tel. 07071 9896-37
jansimon.wiemann@iaw.edu

Konjunkturprognose für Baden-Württemberg – 3. Quartal 2024: Konjunktur in der Kältezone

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Quartal 2024 in Baden-Württemberg weiter zurückgegangen. Nach dem aktuellen Nowcast des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) und der Universität Hohenheim ist das BIP – saison- und arbeitstäglich bereinigt – im dritten Quartal 2024 gegenüber dem zweiten Quartal um 0,2 Prozent zurückgegangen. Wenn sich die Ergebnisse des Nowcasts bestätigen, wäre dies das fünfte Quartal in Folge mit einem negativen Wirtschaftswachstum. Auch für die beiden Folgequartale ist keine grundsätzliche Tendenzänderung zu erkennen.

→ Die vollständige Pressemitteilung finden Sie unter <https://www.iaw.edu/pressemitteilungen.html>

Veränderungsraten des BIP zum Vorquartal, 2022-2025



© IAW und Universität Hohenheim 2024. Datenquellen: 2022q2 bis 2024q2: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg; 2024q3 bis 2025q1: IAW und Universität Hohenheim; eigene Berechnungen. Die Daten sind preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Bundesbank-IAW Lecture 2024 mit Prof. Moritz Schularick: Geoökonomische Herausforderungen für Europa

Die hochkarätige Vortragsreihe, die seit 2014 gemeinsam vom IAW und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg organisiert wird, setzte auch in diesem Jahr ihre Tradition nahtlos fort. Für die diesjährige Lecture konnte Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Science Po (Paris) gewonnen werden. Eine große Zahl Studierender und zahlreiche Mitglieder der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie Angehörige der Bundesbank und Kooperationspartner des IAW haben sich die Gelegenheit, den Vortrag des renommierten Forschers zum Thema „European Economic Security“ zu hören, nicht entgehen lassen.

Nach der Begrüßung durch die Präsidentin der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank, Dr. Patricia Staab, und der Vorstellung des Vortragenden durch Prof. Dr. Martin Biewen, wissenschaftlicher Direktor am IAW, zeichnete Prof. Schularick



Dr. Patricia Staab, Präsidentin der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg
Foto: © Deutsche Bundesbank.

er ein Bild von der aktuellen Weltlage als historische Umbruchssituation – das Paradigma der Globalisierung, wonach Handel Wohlstand und politische Stabilität sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten schafft, wird zunehmend abgelöst durch die Betrachtung von ökonomischen Abhängigkeiten aus geopolitischer und sicherheitsrelevanter Perspektive. In diesem Umbruch verändere sich die Weltwirtschaft von einer regelbasierten Ordnung hin zu einem System, in dem geopolitische Erwägungen



Prof. Dr. Moritz Schularick, IfW Kiel
Foto: © Deutsche Bundesbank.

internationale Beziehungen und Handelsströme dominieren. Europa müsse sich diesen neuen Herausforderungen stellen.

Welches Rüstzeug die Wissenschaft dazu zu bieten hat, erläuterte er in seinem Vortrag. Angesichts der sich verändernden globalen Bedingungen hat sich in der Volkswirtschaftslehre ein Forschungszweig „Geoökonomie“ entwickelt, in dem die strategische Nutzung von Ressourcen zur Erreichung geopolitischer Ziele und Sicherheitsinteressen untersucht werden. Prof. Schularick gehört selbst zu den weltweit führenden Forschern der Geoökonomie. Um seine Perspektive zu untermauern, präsentierte er aktuelle Forschungsarbeiten, die sich mit den zahlreichen Herausforderungen der Geoökonomie befassen: Wie hoch wären die Kosten eines „Decoupling“ von China – für Deutschland und Europa, aber auch für China selbst? Wie wirksam sind Wirtschaftssanktionen und wie sollten sie gestaltet sein, um bestimmte Ziele zu erreichen? Und schließlich: Welche Auswirkungen hat ein Krieg auf eine Volkswirtschaft, und welche Implikationen ergeben sich daraus für Verteidigungsausgaben im Vergleich zu anderen Haushaltsprioritäten („Guns vs. Butter“)?

Prof. Schularick verstand es in hervorragender Weise, die auf komplexen Methoden beruhenden Forschungsarbeiten allgemein verständlich darzustellen. Es ist wenig überraschend, dass er neben seinem Erfolg als international angesehener Ökonom auch ein gefragter Politikberater ist, z. B. für den Bundeswirtschaftsminister.

Im letzten Teil seines Vortrags nahm der Redner konkret Stellung zur möglichen Positionierung Europas innerhalb einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die aktuelle Realität verlange die Quantifizierung strategischer Abhängigkeiten und setze wirtschaftspolitische Instrumente wie „Friend-Shoring“ (Ausrichtung von Lieferketten auf befreundete Länder) und „Reshoring“ (Rückverlagerung der Produktion ins Inland) auf die Tagesordnung. Der Einsatz solcher Maßnahmen könne gerechtfertigt sein, auch wenn sie Kosten verursachen. Die genauere Analyse ergebe, dass die Kosten für solche Maßnahmen häufig überschätzt würden. Beispielsweise könne die deutsche Volkswirtschaft flexibler auf Substitutionserfordernisse eingehen als dies oft dargestellt würde. Eine Ausnahme stelle die Abhängigkeit von essentiellen Rohstoffen dar. Bei diesen müssen in stärkerem Maße



Prof. Dr. Moritz Schularick mit Prof. Dr. Martin Biewen bei der Diskussion
Foto: © Deutsche Bundesbank.

strategische Überlegungen angestellt werden und zusätzliche Strategien wie Recycling und technische Substituierbarkeit verfolgt werden. Gleichzeitig betonte der Vortragende, dass all diese Maßnahmen im Vergleich zu einem völlig freien Welthandel mit Einbußen verbunden seien.

In der anschließenden Diskussion stellte sich der Vortragende den durchaus kritischen Fragen des Publikums. Der Austausch setzte sich auch beim nachfolgenden Empfang in der Wandelhalle der Neuen Aula fort, mit dem diese gelungene Veranstaltung ausklang.

VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG



Vorträge und Podiumsdiskussion
„Praxistauglichkeit von Gesetzen“

Programm siehe <https://netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de/veranstaltung/jahreskonferenz-2024.html>

5. Jahreskonferenz des Netzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau zum Thema

„Evidenzbasierter Bürokratieabbau“

Wann: Mittwoch, 2. Oktober 2024, von 10.00 - 17.00 Uhr

Wo: Westspitze, Eisenbahnstraße 1, 72072 Tübingen / virtuell

Anmeldung zur Teilnahme in Präsenz oder virtuell möglich über

→ <https://netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de/anmeldung-jahreskonferenz.html>

IAW-VERÖFFENTLICHUNG

Kroczek, M., & Kugler, P. (2024): Heterogeneous effects of monetary and non-monetary job characteristics on job attractiveness in nursing. *Labour Economics*, 102632 (im Erscheinen).

Unter Verwendung eines neuartigen methodischen Ansatzes von Chernozhukov, Fernández-Val & Luo (2018) werden heterogene Präferenzen von Pflegekräften in Bezug auf nicht-monetäre Arbeitsmerkmale und die Abwägung zwischen Lohn- und nicht-monetären Arbeitsmerkmalen analysiert.

Es zeigen sich signifikante Heterogenität in den Präferenzen für nicht-monetäre Arbeitsmerkmale und deren Trade-off mit dem Lohn und positive Interaktionseffekte zwischen Lohn und anderen Arbeitsmerkmalen. Als Treiber der Heterogenität zeigen sich nach den Analysen vor allem die Eigenschaften Geschlecht,

aktuelle Arbeitszeit und die ursprüngliche Motivation für die Berufswahl. Die Differenzierung von Arbeitsmerkmalen (Arbeitsangeboten), um unterschiedlichen Präferenzen gerecht zu werden, kann daher ein effektiver und effizienter Weg sein, um Arbeitskräfte zu gewinnen.

IAW-VORTRÄGE

16. September 2024

Martin Kroczek: „The reaction of wages to skill shortage in nursing.“ Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2024, Berlin.

17. September 2024

Bernhard Boockmann: „Vorhersage von Renteneintrittsentscheidungen durch Machine Learning“ / Martin Kroczek:

„Effekte von Rentenreformen vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Arbeitswelt“. Statistiken und Statistisches Berichtswesen der GRV 2024, Erkner.

PERSONALIA



Alice Dillbahner

Seit Mitte Juli 2024 arbeitet **Alice Dillbahner** in der Geschäftsstelle des Netzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau am IAW. Alice Dillbahner, Master of Laws, studierte Soziale Arbeit (B.A.) in Frankfurt am Main sowie Sozialrecht und Sozialwirtschaft (LL.M.) an der Universität Kassel. Dort arbeitete sie

anschließend als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der FIS-geförderten Nachwuchsgruppe „Die Sozialgerichtsbarkeit und die Entwicklung von Sozialrecht und Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland“.

Foto: privat

Ein Praktikum absolviert derzeit Philipp Ziegler. Paul Setzepfand hat seine mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft beendet.

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.
an der Universität Tübingen
Schaffhausenstraße 73, 72072 Tübingen
Tel. 07071 9896-0 | iaw@iaw.edu | www.iaw.edu

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden per E-Mail versandt und sind auf der IAW-Website verfügbar.